

«Es braucht ein Umdenken»

Sieben Jahre lang war Katharina Conradin Geschäftsführerin von Mountain Wilderness. Jetzt hat sie ihr Amt abgegeben. Im Interview spricht die 36-jährige Geografin über Alpenschutz und Berganwaltschaft.

mit Katharina Conradin sprach Fadrina Hofmann

Die beruflichen Stationen von Katharina Conradin sind trotz ihrer 36 Jahre beachtlich: Doktorat in Geografie und Nachhaltiger Entwicklung, Projektleiterin und Beraterin beim Beratungs- und Forschungsunternehmen für nachhaltige Entwicklung Seecon International GmbH, seit 2011 Geschäftsleiterin von Mountain Wilderness Schweiz, seit 2015 Präsidentin Internationale Alpenschutzkommission Cipra. Übrigens ist sie auch noch die erste weibliche Vorsitzende dieser Organisation. Doch Katharina Conradin ist auch Ehefrau und Mutter eines 16 Monate alten Sohnes. Und das ist der Grund, warum der Zeitpunkt für sie gekommen ist, die Geschäftsleitung von Mountain Wilderness abzugeben.

Frau Conradin, in sieben Jahren kann man als Geschäftsführerin einer Umweltorganisation einiges bewirken. Wo ist Ihre Handschrift bei Mountain Wilderness zu lesen?

KATHARINA CONRADIN: Ich glaube, dass Mountain Wilderness in diesen sieben Jahren zu einer Stimme geworden ist, die im Alpenraum gehört wird. Lange war es eine wilde Organisation, eine Aktivistebewegung. Heute nutzen wir das Verbandsbeschwerderecht, wir werden an relevante Veranstaltungen und Diskussionen eingeladen. Es ist schön, dass man unsere Stimme jetzt hört. Es ist eine Stimme, die sich für eine nachhaltige Entwicklung im Alpenraum einsetzt und auch einmal Nein sagt, wenn aus unserer Sicht die Grenzen des Spasstourismus überschritten sind.

Konnten Sie in den vergangenen Jahren auch ganz konkrete Erfolge feiern?

Ja. Wir waren massgeblich daran beteiligt, dass es die Winterfahrtrainings auf dem Flüelapass nicht mehr gibt. Wir haben uns lange mit Demonstrationen und später mit einem Rechtsverfahren dagegen gewehrt. Die politischen Prozesse dauern teilweise sehr lange. Im Januar ist ein Urteil zu Gebirgslandeplätzen in Schutzgebieten gefällt worden, für welche künftig ein Gutachten von der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission notwendig ist. Das fordern wir bereits seit Jahren.

«Man hat in so vielen Destinationen verpasst, sich umzuorientieren.»

Mountain Wilderness bezeichnet sich selbst als «Partei der Berge». Obwohl sie mittlerweile ernst genommen wird, polarisiert diese Umweltorganisation nach wie vor besonders stark.

Das ist so, aber ich denke, das darf auch so sein. Wir sind eine der kleinsten Umweltorganisationen im Alpenraum und genau deswegen können wir es uns auch erlauben, pointierter aufzutreten. Wir sind auch eine der wenigen Umweltorganisationen, die noch Demonstrationen macht. Früher war das salonfähig. Demonstrationen



Engagiert: Katharina Conradin setzt sich für eine intakte Natur in Bergregionen ein.

Bild Olivia Item

verschaffen uns Gehör. Ein Stück weit ist es auch eine Rollenteilung. Die anderen Organisationen sind froh, dass wir lauter auftreten. Wir arbeiten sehr eng mit anderen Umweltorganisationen zusammen.

Mountain Wilderness setzt sich für den Alpenschutz ein. Alpenschutz tönt ja gut, aber es gibt auch noch Menschen, die in den Alpen leben müssen und wollen. Dafür braucht es den Tourismus.

Das ist in der Tat ein schwieriges Feld. Ich glaube, dass es gerade beim Thema Tourismus in den Alpen ein Umdenken braucht. Es gibt Beispiele, die einen anderen Weg gegangen sind und im kleineren Rahmen durchaus erfolgreich sind. Ich denke dabei zum Beispiel an St. Antonien, welches sich gegen den Skizirkus entschieden hat und heute auf Skitouren-Tourismus setzt. Mir ist bewusst, dass dieses Modell nicht auf den gesamten Tourismus angewendet werden kann. Ich glaube aber, dass es legitim ist, die Tourismusmaschinerie zu kritisieren, die so gross geworden ist und abhängig macht. Man hat in so vielen Destinationen verpasst, sich umzuorientieren. Man traut sich gar nicht, eine Alternative zu überlegen. Es braucht Mahner und Organisationen, die das Extreme fordern. Wir wollen die Leute wachrütteln und zum Nachdenken bewegen.

Wie soll denn die touristische Entwicklung in den Alpen Ihrer Meinung nach aussehen?

Es braucht eine radikale Abkehr vom Wintertourismus. Die grossen Destinationen überleben vielleicht noch 30, 40 Jahre. Dann bleiben nur noch diejenigen Skiregionen übrig, die wirklich sehr hoch liegen. Aus meiner Sicht braucht es eine ganz klare Umorientierung. Man muss sich lösen von der Idee, dass der Winter primär Pisten

und Ski fahren bedeutet. Wir haben in den vergangenen, schneearmen Jahren gesehen, dass es auch schön ist, in die Berge zu gehen und einfach mal die Sonne zu geniessen und zu wandern.

«Irgendwann hat die Natur auch ein Mitspracherecht.»

Sie fordern also eine Abkehr vom Haupterwerbszweig der Schweizer Bergkantone?

Teilweise wird dem Tourismus eine zu grosse Bedeutung beigemessen. Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, dass in den Alpen die Wertschöpfung primär vom Tourismus und von der Landwirtschaft kommt. Es gibt auch andere Möglichkeiten. Mit Bildung, mit neuen technologischen Entwicklungen können auch in den Alpen neue Arbeitsplätze entstehen. Ich glaube, es liegt in der Verantwortung der Politik, vom Bund, die Kantone bei dieser Entwicklung nicht allein zu lassen. Es geht darum, sich einzugestehen, dass es nebst dem Tourismus und der Landwirtschaft auch noch andere Bereiche in den Alpen gibt, die wertschöpfungsintensiv sind und neue Perspektiven bieten.

Es gibt ja Vorstösse in diese Richtung, wie das Projekt Mia Engiadina. Andererseits gibt es auch Regionen, die es mit dem nachhaltigen Tourismus versucht haben und nun doch wieder auf den Skitourismus setzen, wie die Val Müstair.

Der Tourismus hat sehr viel Wertschöpfung auch in sehr entlegene

Gebiete gebracht, aber ich glaube, er kann nicht überall funktionieren. Man muss sich eingestehen, dass die intensive touristische Entwicklung zwar mehr Geld, aber auch mehr Umweltzerstörung bringt. Da muss man den Mut haben und sagen: Das wollen wir nicht überall. Vielleicht muss man tatsächlich auch in Kauf nehmen, dass gewisse Täler irgendwann nicht mehr im gleichen Ausmass wie heute besiedelt und bewirtschaftet sind.

Die Bergler sollen also ihre Heimat verlassen, um der Natur mehr Platz zu lassen?

Ich verstehe, wenn das als Affront verstanden wird. Wir können nicht befehlen, wo die Leute leben sollen. Aber es gibt eine Grenze, wo es um die Ausbeutung der Natur geht. Irgendwann hat die Natur auch ein Mitspracherecht. Mountain Wilderness bezeichnet sich als Anwalt der Berge, welcher die Interessen der Natur vertritt. Die Interessen der lokalen Bevölkerung und der Wirtschaft sind durch andere Organisationen gut abgedeckt. Mountain Wilderness hat die Aufgabe, Diskussionen loszutreten und es ist klar, dass man damit nicht immer auf offene Ohren stösst. Aber es ist eine Diskussion, die notwendig ist.

Ihre Nachfolgerin ist Maren Kern, eine Umweltnaturwissenschaftlerin und Forstökologin. Sie wissen, dass man sich als Geschäftsführerin von Mountain Wilderness nicht nur Freunde macht. Welche Botschaft haben Sie an Ihre Nachfolgerin?

Nach den sieben Jahren bin ich noch mehr davon überzeugt, dass es Organisationen wie Mountain Wilderness braucht. Organisationen, die Minderheitsanliegen vertreten. Es ist unser Recht und unsere Pflicht, sich für die Natur in den Bergen einzusetzen.

Angeklickt statt von Hand signiert

Die Unterschrift auf der Steuererklärung ist bald Geschichte. Das will nicht nur die Bündner Regierung, sondern auch das Bundesparlament.

von Olivier Berger

Wer in diesen Tagen seine Steuererklärung einreicht, muss diese von Hand unterzeichnen. Es dürfte wohl die zweitletzte eigenhändige Unterschrift auf den umfangreichen Papierstapeln zuhause der Steuerbehörden sein. Bereits auf das Jahr 2020 hin will die Bündner Regierung die Unterschriftenpflicht aufheben, wie sie in ihrer Antwort auf einen Fraktionsauftrag der SVP im Grossen Rat schreibt (Ausgabe vom Samstag). «Die entsprechende Revision des Steuergesetzes soll bereits im kommenden Jahr erfolgen», sagte Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner gestern auf Anfrage.

Klare Verhältnisse in Bern

Dass die eigenhändige Unterschrift ein alter Zopf ist, findet auch das Bundesparlament. Nachdem im Herbst schon der Ständerat eine entsprechende Motion seines Bündner FDP-Mitglieds Martin Schmid grossmehrheitlich überwiesen hatte, folgte gestern der Nationalrat. «Auch hier gab es keinen Widerstand», betonte Schmid gestern. Dass sich auch beim Bund die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass auf die Signatur verzichtet werden kann, zeigt die Reaktion des Bundesrats auf Schmid's Vorstoss: Die Landesregierung zeigte sich bereit, diesen entgegenzunehmen.

«Heute füllen wir die Steuerklärung im digitalen Zeitalter aus», sagte Schmid. «Dies aber nur, um dann ins letzte Jahrhundert zurückzufallen, indem wir den Drucker bemühen und den Gang zum Briefkasten auf uns nehmen.» Es werde ständig über die Digitalisierung und die bürgernahe Verwaltung diskutiert, so Schmid. «Mit der Streichung der Unterschriftenpflicht entfällt eine unnötig gewordene bürokratische Hürde.»

Für die Bündner Finanzdirektorin Janom Steiner ist der Verzicht auf die eigenhändige Unterzeichnung der Steuererklärung nur der Anfang. «Ich könnte mir sogar vorstellen, dass künftig auch Dokumente automatisiert bei den Behörden eingereicht werden.»

Erfolg für die Parlaments-Abschaffer

Die vor zwei Wochen in Klosters lancierte Volksinitiative «Gemeindeversammlung statt Gemeinderat» ist auf grosse Unterstützung gestossen (Ausgabe vom 28. Februar). Wie das siebenköpfige Initiativkomitee gestern mitteilte, hätten in nur fünf Tagen über 500 Unterschriften gesammelt werden können.

Man habe mit grosser Freude zur Kenntnis nehmen dürfen, dass «unser Anliegen, die politische Führungsstruktur der Gemeinde gründlich zu überdenken und zu ändern, beim Stimmvolk sehr gut angekommen ist», heisst es in einer Medienmitteilung. Die Unterschriftenbögen wurden kürzlich der Gemeinde übergeben. Für das Zustandekommen eines Volksbegehrens sind in Klosters 150 Unterschriften nötig. (béz)